

Justiz -- Staatsanwaltschaften -- Gerichte -- Urteile

Im Grunde genommen ist die Sache ganz einfach.

Leider begreifen die meisten das nicht, weil sie viel zu lange schon mit diesem kriminellen System leben und nichts anderes kennen, das alles auf Lügen und Betrug basiert ist für die meisten nicht nachvollziehbar, schon gar nicht, das sogen. Ämter und Behörden da mitmachen.

Was bedeutet die Bezeichnung Behörde eigentlich???

Behörde = Privat Buissenes Organisation = Privates- Geschäfts- Büro.

Und wo das Wort – **Privat** – drinnen steckt, kann auch kein staatliches Recht, kein Hoheitsrecht und keinerlei Staatshoheitliche Befugnis mehr drinnen stecken.

Hinter dem sich so wichtig anhörendem Wort **Behörde** versteckt nichts weiter als eine private Verwaltung ohne großartige Rechte.

Sie nennen sich öffentlich

Finanzamt, schaut man genauer hin, ist es die **Finanzbehörde** und so geht es immer weiter,

POLIZEI = Polizei- Behörde, Amtsgericht = Justizbehörde usw....., sie wissen dass sie keine Ämter sind.

Öffentliches Recht, = privates Recht, das in der Öffentlichkeit angewendet werden darf.

Es befugt die Behörden kleinere Beträge für falsches Parken, für Vergehen gegen Vorschriften usw. zu verhängen, die Bezahlung der Beträge hängt aber vom Glauben an die Macht der Behörde ab.

Das so eine Behörde auch **Steuern** wie **Grundsteuern, Gewerbesteuern** einziehen darf ist ein Märchen, der Glaube an das Recht und die Macht der Behörden macht's aber möglich.

Die Behörden im DEUTSCH- Ländle verfügen sogar über selbsternannte Vollstreckungsbeamte, die sogar über einen Dienstaussweis als Vollstreckungsbeamte verfügen.

Dienstaussweise, bei Abnahme ab 100 Stück = Stück 1,89 €.

Was drauf steht kann sich jeder selbst aussuchen, bestimmen.

Hoheitliche Rechte zum Vollzug einer Vollstreckung = Fehlanzeige, nur mit richterlicher Anordnung und die muss rechtskonform nach § 126 BGB unterschrieben sein.

Justiz = Bedeutung = Recht, davon kann in diesem Ländle aber keine Rede sein.

Fangen wir aber einmal mit dem **Bundesrecht** an, nach dem hier alle ganz gewissenhaft arbeiten.

Die Rechte der Bundesrepublik Deutschland:

Wie wir gleich sehen werden, hat es noch niemals irgendein Bundesrecht gegeben, die Bundesrepublik Deutschland ist zu keiner Zeit ein Staat oder auch nur etwas Ähnliches gewesen.

Der **1. Beweis** ist schon das **Grundgesetz** von **1949**, in **Artikel 133** steht schon - Der Bund tritt in die Rechte und Pflichten der Verwaltung des Vereinigten Wirtschaftsgebietes ein. **Verwaltung**, da steht

nichts von einem Staat.

Da steht **Wirtschaftsgebiete** und nicht Bundesländer!

Lesen und verstehen sind 2 völlig verschiedene Dinge.

Welche Gesetze kann und darf diese - **Bundesregierung** – zur Anwendung bringen?

Gar keine!!!

Bundesregierung darf sich diese US- Firma mit **Israelischen Eigentümern** auch nur nach dem **Aktiengesetz von Adolf Hitler** aus dem Jahr **1934** nennen. – **Verbotene Nazi- Gesetze!** -

Da gab es schon **2006**, - **2007** und **2010** die **Bundes- Bereinigungsgesetze**, mit denen die Alliierten der Firma Bundesregierung (Firmenauszug im Anhang) die gesamte Gesetzeslage völlig entzogen hat.

2006.

Das **1. Gesetz zur Bereinigung von Bundesrecht** im Geschäftsbereich des Bundes- Justizministeriums vom 19. April 2006 - BGBl. I, S. 866 wurde am 24 April 2006 mit Ausgabe des Bundesgesetzblattes Nr. 18 - 2006 bekanntgegeben worden und trat am **25 April 2006 in Kraft**.

Artikel 72

Auflösung des Gesetzes zur Änderung der

Strafprozessordnung und des **Gerichtsverfassungsgesetzes** (312-6) = **StPO** + **GVG** Die Artikel 14 und 16 des Gesetzes zur Änderung der Strafprozessordnung und des Gerichtsverfassungsgesetzes vom 19. Dezember 1964 (BGBl. I S. 1067) werden aufgehoben. **Die Geltungsbereiche wurden gestrichen, die Gesetze sind somit ungültig.**

Ohne GVG + StPO sind Gerichtsprozesse nicht mehr möglich!

Artikel 49 Änderung des Gesetzes betreffend der **Zivilprozessordnung** (310-2) = **ZPO**

Das Gesetz betreffend die Einführung der Zivilprozessordnung in der im Bundesgesetzblatt Teil III, Gliederungsnummer 310-2, veröffentlichten bereinigten Fassung, zuletzt geändert

durch Artikel 2a des Gesetzes vom 16. August 2005 BGBl. I S. 2437), wird wie folgt geändert: Die §§ 1, 2, 13, 16 und 17 werden aufgehoben.

Die Geltungsbereiche wurden gestrichen, die Gesetze sind somit ungültig.

Ohne StPO (Art. 72) und ZPO (Art. 49) sind weder Gerichtsprozesse noch öffentliches Recht möglich.

Artikel 67

Änderung des Einführungsgesetzes zur Strafprozessordnung (312-1) **StPO** (Art. 72)

Der §§ 1 und 5 des Einführungsgesetzes zur Strafprozessordnung in der im Bundesgesetzblatt Teil III Gliederungsnummer 312-1, veröffentlichten, bereinigten Fassung, das zuletzt durch Artikel 2 des Gesetzes vom 12 August 2005 (BGBl. I S. 2360), geändert worden ist, werden aufgehoben.

Auch alle Änderungen wurden aufgehoben und gelöscht, wie z. B. hier.

Artikel 84

Änderung des Gesetzes zur Änderung des **Strafgesetzbuches**, der Strafprozessordnung, des Gerichtsverfassungsgesetzes, der Bundesrechtsanwaltsordnung und des **Strafvollzugsgesetzes** (312-11)

Artikel 6 Abs. 1 und 3 und Artikel 7 des Gesetzes zur Änderung des Strafgesetzbuches, der

Strafprozessordnung, des Gerichtsverfassungsgesetzes, der Bundesrechtsanwaltsordnung und des Strafvollzugsgesetzes vom 18. August 1976 (BGBl. I S. 2181), das durch Artikel 2 des Gesetzes vom 28. März 1980 (BGBl. I S. 373) geändert worden ist, werden aufgehoben. Mit dem **Art. 84** haben sich auch die Änderungen des **StGB** = Strafgesetzbuch und die Änderungen zum **Strafvollzug** endgültig erledigt.

Ohne **StGB** können und dürfen auch keine **Haftstrafen** mehr verhängt werden!

Es sind lange Listen mit Artikeln, hier nur die relevanten, der Bundesrepublik Deutschland wurde restlos alles an Gesetzeslagen völlig entzogen und verboten.

2007

wurde der BRD mit dem **2. Gesetz zur Bereinigung von Bundesrecht** wurden am 23 November 2007 - BGBl. I, S. 2614 Nr. 59 über Art. 3 auch jegliche weitere Gesetzgebung strengstens untersagt und verboten.

Artikel 3

mit dem **2. Bereinigungsgesetz** erlassen, (2.BMJBBG k.a.Abk.) am 23.11.2007.

Aufhebung des Gesetzes über Ermächtigungen zum Erlass von Rechtsverordnungen. Hierdurch ist es dem – BUND – der – BUNDESREPUBLIK – untersagt, jemals wieder Gesetze oder Verordnungen zu erlassen oder zu vollziehen.

Damit hat man dem gesamten Justizwesen Art. 92 – 104 GG jegliche gesetzliche Befugnis entzogen.

Ausdrücklich davon ausgenommen ist das Kontrollratsgesetz Nr. 35 (Schiedsverfahren bei Arbeitsstreitigkeiten), BMJBBG Art. 4 § 1 (2).

1982 wurde das Staatshaftungsgesetz gelöscht und mit Aufhebung v. Art. 34 GG durch das 2 BMJBBG v. 23.11.2007 mit Art. 4 § 1 (1) auch die Staatshaftung und damit die „öffentlich-rechtlichen“ Regelungen.

Alles was nicht Art. 73, 74 und 75 GG zuzuordnen und Bundesgesetz ist, wurde aufgehoben.

Hierzu muss man jetzt auch wissen, dass die **Hinweise auf das Grundgesetz** völlig unsinnig sind. Das Grundgesetz wurde schon am 17.07.1990 durch Streichung des **Art. 23** = Geltungsbereich **aufgehoben und gelöscht**.

Dazu das **BVerfGE** 3, 288 (319f):6, 309(338,363))

„Gesetze ohne Geltungsbereich besitzen keine Gültigkeit und Rechtskraft.“

BVerwGE 17, 192 = DVBl 1964, 1247

„Jedermann muss, um sein eigenes Verhalten darauf einrichten zu können, in der Lage sein, den räumlichen Geltungsbereich eines Gesetzes ohne weiteres feststellen zu können.

Ein Gesetz das hierüber Zweifel aufkommen lässt, ist unbestimmt und deshalb wegen Verstoßes gegen das Gebot der Rechtssicherheit ungültig.“

Das **BVerfGE** und das **BVerwGE** sind zwar auch nur private Firmen, Tochtergesellschaften der Israelischen Firma Bundesrepublik Deutschland, jedoch müssen sie aus Haftungsgründen immer wieder solche Urteile fällen damit die BRD nicht in die private Haftung gerät.

Die „**Rechtsprechung**“ dieser Gerichte ist für alle Gerichte, Staatsanwaltschaften usw. bindend.

Die Bundes- Bereinigungsgesetze und die Urteile der Gerichte können im Internet, in den öffentlichen Archiven der betreffenden Gerichte sowie in den öffentlichen Archiven des Deutschen Bundestages und des Bundes- Justizministeriums jederzeit eingesehen werden.

Aber der Betrug ist noch größer als man jetzt denkt:

Schon sehr viel früher fing der Betrug an, schon 1949 mit Gründung der BRD.

1983 BVerfGE - die BRD hat kein Staatsgebiet:

Urteil des Bundesverfassungsgerichts vom 31. Juli 1973 mit dem Az: 2 BvF 1/73 und Urteil BVG U 2 BVR 373/83 von 1987 und Deutscher Bundestag Auswärtiges/Antwort - 30.06.2015.

Die BRD hat keine Staatsgewalt:

1947 Tillesen Urteil vom 06.01.1947.

Deutsche Gerichte dürfen N S D A P – Statuten (05.03.1933 – 08.05.1945) nicht anwenden.

Dieses gesamte Tillesen Urteil bedeutet nichts anderes, als das die BRD nicht der Rechtsnachfolger des 3. Reiches Adolf Hitler, dem letzten Besatzer vor der BRD sein kann und ist.

1963 BVerfGE - Nichtigkeits Verwaltungsakte:

Auf Grund der **fehlenden Staatlichkeit** verfügen die **Behörden der BRD** nicht über staatlich-hoheitliche Gebietskörperschaftsrechte, denn staatlich-hoheitliche Gebietskörperschaften **werden von einem Staat verliehen**.

Nur bei Vorliegen dieser staatlich-hoheitlichen Gebietskörperschaftsrechte dürfen Verwaltungsakte gegen den Bürger ausgelöst werden.

Zusätzlich ist in keinem Gesetz, auf welche sich die BRD-Behörden in ihren Schreiben beziehen, ein Geltungsbereich zu finden.

Ist kein Geltungsbereich vermerkt, kann nicht deklariert werden, wo das Gesetz gültig ist. Somit ist das Gesetz nirgendwo gültig und kann nicht gegen den Bürger angewendet werden. (**BVerfG 1 C 74/61 vom 28. 11. 1963**)

Des Weiteren fehlt in den BRD-Gesetzen teilweise oder vollständig ein Hinweis auf die Grundrechte, welche durch den Verwaltungsakt eingeschränkt werden.

Diese Einschränkung der Grundrechte sind in Art. 19. Grundgesetz geregelt und müssen lt. Urteil des Bundesverfassungsgerichtes zwingend zitiert sein. (**Siehe BVerfGE 55, 100 bzw. 1BvR 668/04**)

Somit sind ALLE Verwaltungsakte, die seit **8. Mai 1945** ausgelöst wurden, rechtswidrig. **Eine Verjährung besteht nicht.**

(Die Rechtswidrigkeit **besteht tatsächlich schon seit dem 28.10.1918**)

Und nun kommen wir zum **High Light** mit dieser Bundesrepublik Deutschland.

2012 Urteil des BVerfGE vom 25.07.2012:

BVerfG-Urteil vom 25.07.2012 (**2 BvF 3/11, 2 BvR 2670/11, 2 BvE 9/11**) stellt fest, dass es keine verfassungsgemäßen Parlamente seit mindestens 1956 in der BRD gab.

Die Frage, ob die Gesetze nicht trotzdem durch die normative Kraft des Faktischen gültig seien, ist überhaupt nicht zulässig.

Denn die „Normative Kraft des Faktischen“ schließt nicht ein, dass Rechtsverstöße, Betrug, Vertretungsfehler, sich irgendwann als Recht bezeichnen könnten.

Der **Bundesregierung** wurde die **Legitimation** zu Regierungstätigkeiten bis **rückwirkend 1956** völlig entzogen, weitere, zukünftige Tätigkeiten wurden ihr untersagt.

Desgleichen gilt für den Deutschen Bundestag, auch hier wurde die Gesetzgebung sowie die Tätigkeiten als Deutscher Bundestag völlig entzogen und verboten. – Bis rückwirkend 1956. - Alle Gesetze und Verordnungen seit 1956 sind null und nichtig.

Mit den Bundes- Bereinigungsgesetzen wurde schon die gesamte Gesetzeslage bis **rückwirkend 1956** aufgehoben, gelöscht und für **null und nichtig erklärt**.

Nun wird mit dem Urteil von 2012 auch die Regierungs- Legitimation **rückwirkend bis 1956** aufgehoben, gelöscht, **für null und nichtig erklärt**.

Warum alles bis rückwirkend **1956???**

Weil die Bundesrepublik Deutschland noch niemals, zu keiner Zeit so etwas wie ein Staat gewesen ist, 1956 waren die 1. Bundestagswahlen.

Die Alliierten haben sich hiermit selbst aus der Haftung entlassen.

Was natürlich irgendwo verständlich ist, wer will schon für eine von Israel und den Khasaren- Juden sowie vom Vatikan kontrollierten Firma haften.

Der Schadensersatz für die Plünderungen des Deutschen Kaiserreiches, nichts anderes sind wir seit 1871 jemals gewesen, würde die Alliierten völlig ruinieren.

Vielleicht wussten sie damals auch schon, dass, das Kaiserreich wieder aktiviert wird, so wie es jetzt für 2020 vorgesehen ist.

1973 + 1956 + 1951 Das Deutsche Reich (Kaiserreich) besteht weiter. BVerfGE 31.07.1973 - (2 BvF 1/73)

Es wird daran festgehalten (vgl. zB. **BVerfG, 1956-08-17, 1 BvB 2/51, BVerfGE 5 85 <26>**), dass, das Deutsche Reich den Zusammenbruch 1945 überdauert hat und weder mit der Kapitulation noch durch die Ausübung fremder Staatsgewalt in Deutschland durch die Alliierten noch später untergegangen ist; es besitzt nach wie vor Rechtsfähigkeit, ist allerdings als **Gesamtstaat mangels Organisation nicht handlungsfähig**.

Die BRD ist nicht „Rechtsnachfolger“ des deutschen Reiches. (Kaiserreich) **Die BRD ist mit dem Deutschen Reich identisch. (3. Reich)**

Das 3. Reich Adolf Hitler war nach der Weimarer Republik der 2. Besatzer des Kaiserreiches.

Die BRD, ein Israelisches Unternehmen AG, mit Sitz in den USA, das angeblich der Rechtsnachfolger des 3. Reiches Adolf Hitler sein sollte, war der 3. Besatzer des Kaiserreiches.

Wer meine Artikelserie verfolgt, weiß, dass hier immer nur Firmen von Firmen besetzt wurden.

Da Firmen völkerrechtlich und juristisch keinen Staat besetzen können, wurde das Kaiserreich regelmäßig von Hochverrätern und Kollaborateuren aus den eigenen Reihen des Volkes besetzt.

Hier dürfte jetzt klargestellt sein, dass die Bundesrepublik Deutschland zu keiner Zeit, niemals über irgendeine echte Rechtslage verfügt haben kann.

Es waren immer nur Geschäftsbedingungen die als geltendes Recht mit Gewalt durchgesetzt wurden.

Gerichte und Staatsanwaltschaften:

Hier sind wir jetzt bei einem Teil der Hochverräter und Kollaborateure.

Nach welcher Rechtslage spielen die hier nun Gericht und Staatsanwaltschaft, wenn der Bundesrepublik Deutschland doch sämtliche Gesetzes- Grundlagen entzogen und verboten wurden. Auch die Regierungs- Legitimation wurde der BRD am 25.07.2012 völlig entzogen.

Auf welcher Rechts- Grundlage arbeiten die Gerichte und Staatsanwaltschaften?

Auf absolut gar keiner, das sind wie alle anderen „Ämter und Behörden“ auch, nur kriminelle Organisationen nach § StGB 129.

Durch **Entzug des GVG 2006** sind Gerichtsverhandlungen gar nicht möglich. Durch **Entzug der ZPO und der StPO** ist kein öffentliches Recht mehr möglich. Durch **Entzug des BGB 2006** ist nicht einmal mehr das Privatrecht möglich.

Das bedeutet, es gibt auch **keine Schieds- oder Sondergerichtsbarkeit** mehr.

Das **BGB** habe ich mir extra für diese Stelle hier aufbewahrt.

Die deutschen Mitarbeiter, die jur. nach immer noch, seit 1914 bestehenden Kriegsrecht nichts anderes als Hochverräter und Kollaborateure, Plünderer, Terroristen usw. sind können privat noch das Privatrecht nach BGB nutzen.

In ihren **Funktionen als Mitarbeiter und** willige Besatzer des Deutschen Reiches **für diese kriminellen Organisationen** können und dürfen sie absolut gar keine Rechte nutzen, da es für diese keine Rechtslagen gibt.

Bei allen diesen rein privaten Firmen wie **Gericht**, Staatsanwaltschaft, **Finanzamt**, Polizei, **Städte**, Gemeinden, **Job- Centern**, Bürgerbüros, **Agenturen für Arbeit usw. usw....** handelt es sich um US- Amerikanische Unternehmen.

Alle diese Firmen, die sich seit dem 18.07.1990 hier angesiedelt haben, mittlerweile fast 47.000, sind in den USA als Aktiengesellschaften angemeldet und registriert.

Diese AGs mit ihren Büros voller **Kollaborierender Kriegsverbrecher**, (**deutsche Mitarbeiter**) verfügen auf deutschem Boden nicht einmal über einen Geschäftssitz. Diese US- Aktiengesellschaften haben lediglich nur über die internationale Post **UPU**, eine Postanschrift auf deutschem Boden.

Unter **bestehendem Kriegsrecht** ist es gar nicht möglich, ein Unternehmen auf deutschem Boden zu etablieren.

Wer sollte sie in ein Handelsregister eintragen?

Wer sollte ihnen eine Gewerbeerlaubnis ausstellen?

Diese Kollaborierenden **deutschen** Hochverräter **halten das** Reich **doch** handlungsunfähig!

Sie allein, die Kollaborateure sind die Besatzer des Reiches!!!

Und sie wissen es, deshalb wird auch nichts rechtskonform unterschrieben.

Diese Kriegsverbrecher glauben tatsächlich, wenn sie nichts unterschreiben, müssen sie auch für nichts haften, über so viel Dummheit von Juristen kann man nur noch lachen!

Wenn im Mai/Juni diesen Jahres, vielleicht schon vorher das Kaiserreich wieder ausgerufen und aktiviert wird, dann wird niemand danach fragen, wer, was unterschrieben hat.

Jeder dieser Mitarbeiter ist ein potenzieller Besatzer gewesen, ein Hochverräter am eigenen Volk, ein Kollaborateur mit dem Feind.

Wen interessieren da noch irgendwelche Unterschriften???

Dann werden Kriegsverbrecher und Plünderer gerichtet.

Die 4 haben bisher schon einen **guten Job** gemacht, **Trump**, Putin, **Xi** und Johnson, ein **brillanter Plan** von der 3. Macht.

Wenn die vielen Informationen über die 3. Macht der Wahrheit entstammen, dann ist mir die Macht bekannt, ich weiß wer dahintersteckt.

Das dieses Merkel- Regime hier verschwinden wird, das ist durch **die 4** sichergestellt, ohne aktives Kaiserreich mit amtierenden Kaiser sind Friedensverträge und die Rückkehr ins Staatsrecht nicht möglich, das aber wollen alle Völker dieser Welt.

Aber weiter mit diesen **erbärmlichen Betrügereien** durch diese Richter und Staatsanwälte.

Der Betrug der **BAR** Richter:

Kein Trick ist ihnen zu schmutzig um die Menschen durch jur. Trickereien dazu zu verleiten, z. B. durch die Anrede Herr / Frau in die Haftungsrolle zur jur. Person zu ziehen.

Das große **P** = Pauper besagt, dass ihr dumm, hilf- und rechtelos seid und euch durch einen Rechtsanwalt vertreten lassen müsst.

Dieser Rechtsanwalt, den ihr auch noch selbst bezahlen müsst, ist nicht euer Freund, eher euer ärgster Feind, der sorgt nämlich dafür, dass ihr direkt aufs Schafott geht.

Durch die Beihilfe dieser verkommenen Rechtsanwälte haben die Richter und Staatsanwälte es deutlich leichter, euch nach Herzenslust zu rasieren.

Sie handeln alle Ultra Vires = Außerhalb der Verträge, deshalb will niemand die Haftung übernehmen, deshalb wird es nie eine rechtskonforme Unterschrift geben.

Hier geht es um Haftungsverschiebung, um Treuhandbetrug.

Der Richter ist der Treuhänder, der Staatsanwalt der Executor und der „Angeklagte“ der Begünstigte. Man versucht aber, den Angeklagten durch Rechtsbetrug zum Treuhänder zu machen damit dieser für die Obligation JP die volle Haftung übernimmt.

Welch „ehrbare“ Berufe es doch auf dieser Welt gibt.

Und wenn diese Kriegsverbrecher euch beim Rasieren so richtig schön die Löffel abgeschnitten haben, dann bekommt ihr als Urteil von der illegalen Firma Gericht dann eine Ausfertigung des Urteiles, eine Ausfertigung die ihr nie bestellt habt.

Natürlich ist die dann mit einer Paraphe von einer **Urkundsbeamtin** der Geschäftsstelle unterschrieben.

Unterschrift des Richters, - Fehlanzeige!

Beurkundet wird auch nur, dass in der Akte ein ebenso wertloser Wisch ohne Unterschriften liegt.

Ein Stück Klopapier ist deutlich wertvoller als solch ein Wisch, das ist noch nicht durch so viele dreckige Hände gegangen.

Aber zur Sicherheit schauen wir uns die Beurkundungen mal nach Bundesrecht an. Dem Bundesrecht, auf das sich die Kriegsverbrecher immer berufen, dass es aber nie gab. Siehe die vorangegangenen Seiten – Bundes- Bereinigungsgesetze und Urteile des BVerfGE.

Bundes- Bereinigungsgesetze: 2006

Artikel 26

Auflösung des Gesetzes zur Neuregelung des Rechts des Urkundsbeamten der Geschäftsstelle (300-16)

Die Artikel 3 und 4 des Gesetzes zur Neuregelung des Rechts des Urkundsbeamten der Geschäftsstelle vom 19. Dezember 1979 (BGBl. I S. 2306) werden aufgehoben.

Damit haben wir die angeblichen Urkunds- Beamten aus dem Spiel!!!

Artikel 35

Änderung des Rechtspflegergesetzes (302-2)

Hier nehme ich gleich die aufgehobenen Änderungen, hierüber gibt es mehrere Artikel.

§ 33 Abs. 1 des Rechtspflegergesetzes vom 5. November 1969 (BGBl. I S. 2065), das zuletzt durch Artikel 2 Abs. 1 des Gesetzes vom 18. August 2005 (BGBl. I S. 2477) geändert worden ist, wird wie folgt gefasst:

„(1) Justizbeamte, die die Voraussetzungen des § 2 nicht erfüllen, können mit den Aufgaben eines Rechtspflegers betraut werden, wenn sie vor dem 1. September 1976 nach den jeweils geltenden Vorschriften die Prüfung für den gehobenen Justizdienst bestanden haben oder soweit sie eine Prüfung nicht abgelegt haben, vor dem 1. Juli 1970 nicht nur zeitweilig als Rechtspfleger tätig waren.

Damit sind auch die angeblichen Rechtspfleger aus dem Spiel.

Interessant ist das hier für die Haftbefehle, die immer von solchen Kollaborateuren unterschrieben werden.

Siehe dazu **Artikel 84 Seite 2 hier**, Aufhebung des **Strafvollzugsgesetzes**.

Ohne **StGB** können und dürfen auch keine **Haftstrafen** mehr verhängt werden!

Wie aber bereits hier deutlich aufgezeigt, handelt es sich hier bei diesen Gesetzesaufhebungen um schon seit 1956 (tatsächlich seit dem 28.10.1918) rechtsungültige Gesetze.

Mit ihren Spielchen sind diese Kriegsverbrecher auch überaus erfindungsreich, ihr Dienststempel kommt auf die letzte Seite, auch wenn auf der vorletzten Seite noch reichlich Platz wäre, es gibt immer die letzte Seite mit nur ganz wenigen Worten, wo der Dienststempel dann gesetzt wird. So können sie immer behaupten, die vorangegangenen Seiten nicht zu kennen.

Auch der Dienststempel verrät schon dass es sich um ein Unternehmen handelt.

Im Stempel steht zum Beispiel – AMTSGERICHT HAMBURG – durchgehende Großschreibung = Firma.

Diese Kriegsverbrecher verstoßen gegen einfach alles, Verstoß gegen die HLKO, Verstoß gegen das Genfer Abkommen 4, Verstoß gegen die SHAEF- Gesetzgebung, Verstoß gegen die

Kontrollratsgesetze, Verstoß gegen das Völkerrecht (durfte auch von der BRD nie angewendet werden) Verstoß gegen das Besatzungsrecht, Verstoß gegen die eigenen Versicherungsbedingungen, - alle diese Kriegsverbrecher sind komplett unversichert, da sie sich außerhalb ihrer Versicherungsbedingungen bewegen.

Sie haften privat für jeden Schaden bis in die 3. Generation, eine Verjährung besteht nicht!

Wer von diesen organisierten Verbrecherbanden einen **Strafbefehl** bekommt, sollte rein spaßeshalber dort einmal hinschreiben und nachfragen, ob die Summe des Strafbefehles **inclusive der Umsatzsteuer** zu verstehen ist.

Alle diese Firmen haben eine Umsatz- Steuernummer und zahlen offenbar Umsatzsteuern an die Firma Finanzamt.

Eine grenzenlose Dreistigkeit, auf Raubbeute werden von diesen Khasaren- Juden in Israel und dem Vatikan Umsatzsteuern verlangt.

Man muss sich die Unverfrorenheit dieser Israelischen, in den USA angemeldeten Firma BRD und die schiere Geistlosigkeit dieser Kollaborierenden, plündernden Juristen richtig vorstellen.

Die BRD sitzt in Berlin auf seit 1945 beschlagnahmten US- Gebiet. (In Sicherheit)

Die BRD kassiert über ihre Aktienpakete 52% an jeder dieser 47.000 Firmen, ihre Gewinne. Und dann werden von dieser BRD auch noch Umsatzsteuern verlangt.

Diese fast 47.000 kriminellen Organisationen rauben und plündern mit ihren Kollaborateuren in einem Kriegsgebiet und stehen schon mit einem Bein unterm Galgen.

Diese fast 47.000 kriminellen Organisationen geben dann 52% von ihrer Beute als Aktiengewinne an die kriminelle BRD ab.

Diese fast 47.000 kriminellen Organisationen zahlen dann obendrauf auch noch Umsatz- Steuern für ihre Beute an diese BRD.

Mit Intelligenz hat das wohl wirklich nichts zu tun, vielleicht ist es ja der Spass am Rauben und Plündern, der Nervenkitzel.

Plünderungsverbot nach HLKO/ Militärgesetze und Genfer Abkommen 4 und Treuhandbetrug/ Obligationenbetrug Nötigung und Erpressung zum Geldwäschebetrug/Steuerbetrug zur Terrorfinanzierung mehr muss niemand beachten.

Der ganze Rest ist Makulatur von diesen Kriegsverbrechern.

Man muss doch nur einmal die Abstammung der „Politiker“ hinterfragen, viel zu viele kommen aus dem Khasaren- Jüdischen Lager, sind Jesuiten oder haben polnische Wurzeln, der Rest gehört den Freimaurer Logen an.

Offensichtlicher geht es nicht mehr, wer hier Regierung spielt!!!

Der nächste Artikel wird um diese angeblichen Gerichtsvollzieher, Pfändungen usw. gehen.